

Bundestagsbeschluss

Berlin muss mehr für Hartz-IV-Wohnkosten zahlen

Der Bund will sich im kommenden Jahr weniger stark an den Kosten für Hartz-IV-Empfänger beteiligen. Das hat der Bundestag trotz des Protests der Kommunen beschlossen. Damit bekommt Berlin 30 Millionen Euro weniger, welche die Stadt nun selbst tragen muss.

Für die Finanzierung der Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern muss Berlin vom kommenden Jahr an voraussichtlich 30 Millionen Euro mehr bezahlen. Trotz des Protests der Kommunen hat der Bundestag am Freitag eine entsprechende Änderung mit den Stimmen von Union und FDP beschlossen. Demnach sinkt der Bundesanteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung im kommenden Jahr von 26 Prozent auf 23,6 Prozent.

Dem Beschluss ist ein langer Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung der Hartz-IV-Kosten vorausgegangen. Die Bundesregierung begründete die Änderung damit, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gesunken sei. Während sich die SPD bei der Abstimmung über den vom ehemaligen Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf den Weg gebrachten Gesetzentwurf enthielt, lehnten Grüne und Linke das Gesetz ab – wie zuvor bereits Länder und Kommunen. Sie verlangten eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten und die Nachbesserung der Formel für die Berechnung der Bundesbeteiligung.

„Wir lehnen das nach wie vor ab“, sagte Anja Wollny, Sprecherin der Sozialverwaltung. Die Kostenbeteiligung sollte sich nicht nach der erwarteten Zahl der Bedarfsgemeinschaften richten, sondern nach den tatsächlichen Kosten. Die Länder hatten noch im November kritisiert, die für die Ermittlung der Bundesbeteiligung maßgebliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften stehe „in keinem direkt proportionalen Verhältnis zur Entwicklung der Ausgaben der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung“. Dieser Trend werde sich 2010 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich fortsetzen.

Im Vergleich der Jahre 2008 und 2007 war die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um rund 4,3 Prozent zurückgegangen, im Vergleich 2009 zu 2008 um weitere 3,9 Prozent. Die Länder machen geltend, dass die tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung nicht gesunken seien. Dafür seien besonders die gestiegenen Energiepreise des Vorjahres sowie die krisenbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit maßgeblich.

Neben der Debatte über mögliche Einnahmehausfälle als Folge einer von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Steuerreform, ist die Frage der Finanzierung der Hartz-IV-Kosten ein zweiter großer Streitpunkt zwischen dem Bund und den Ländern über die Finanzen.

Berliner Morgenpost vom 4.12.2009